

17. II. 1916

\* (Die Frage der Teuerungszulagen.) Die vier Organisationen der nichtlandesfürstlichen Postbeamten teilen uns mit: Wie bereits mitgeteilt wurde, sprachen die Vereine der k. k. Mechaniker, der k. k. Postadjunkten, -offizianten und -aspiranten, der Verein der k. k. Postadjunktinnen, -offiziantinnen und -expedientinnen sowie der Zentralverein der Postanstaltsbeamtinnen am 10. d. im Finanzministerium vor, um betreffs der Teuerungszulage zu erfahren, wie diese Gruppen von Staatsangestellten bedacht werden, da sie in der Verordnung vom 8. d. nicht genannt wurden. Die Annahme, daß diese Angestellten mit den Beträgen von 140, 200 und 240 K. beteuert werden, ohne Rücksicht auf Gehaltsfaz und Dienstjahre, veranlaßte die vier Organisationen, am 14. d. beim Handelsminister Dr. v. Spitzmüller vorzusprechen. Mechaniker Zelenka bat den Minister, bei Zuwendung der Teuerungszulagen auf die Pensionsgrundlagen Rücksicht zu nehmen. Handelsminister Dr. v. Spitzmüller erklärte, daß die Angelegenheit für die nichtlandesfürstliche Beamtenschaft noch nicht erledigt sei, daß man daher noch keineswegs von einer Beteiligung mit 140, 200 und 240 K. gleichmäßig an alle in diesen Standesgruppen sprechen könne. Die Bitte betreffs der Berechnung nach der Pensionsgrundlage decke sich mit den Vorschlägen des Handelsministeriums, und er werde sich persönlich mit dem Finanzminister ins Einvernehmen setzen und sich für diese Lösung einsetzen. Die Mitglieder der Abordnung, Herrscher, Fräulein Schrade und Baron, hielten noch, ob es nicht möglich wäre, in den untersten Kategorien der Offizianten und Offiziantinnen einen höheren Betrag als 140 K., etwa 200 K., für den Anfang festzusetzen. Handelsminister Dr. v. Spitzmüller sagte zu, die Bitte in Erwägung zu ziehen; versprechen könne er dies nicht. Die Abordnung sprach noch beim Generaldirektor für Post- und Telegraphenangelegenheiten Sektionschef Wagner v. Jauregg vor und erbat auch seine Unterstützung, die bereitwillig zugesagt wurde. Da beim Finanzminister Dr. Ritter v. Letzkow Empfangstag war, beschlossen die Organisationen, ihre Bitte dem Finanzminister schriftlich zu unterbreiten.